

MARIANA HAUSLEITNER

KONFLIKTFELDER IN DEN RUMÄNISCH-SOWJETISCHEN BEZIEHUNGEN 1944–1989

Ohne die Unterstützung der Sowjetunion wären die rumänischen Kommunisten nach 1945 nie zu einer wichtigen politischen Kraft geworden. 20 Jahre lang befolgten sie mit geringen Abweichungen die sowjetischen Vorgaben zum gesellschaftlichen Umbau. Doch seit 1964 begannen sich die rumänischen Führer immer stärker von den Leitlinien aus Moskau zu distanzieren. Ceaușescu wurde besonders dafür bekannt, dass er im August 1968 die Invasion von Truppen der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) in der ČSSR kritisierte. Doch im Juli 1989 verlangte er den militärischen Eingriff der WVO gegen die *Solidarność*-Bewegung in Polen.

Im Mittelpunkt des Beitrages stehen drei Fragen. Aus welchen Gründen grenzten sich die rumänischen Kommunisten von den sowjetischen Plänen zu einer engeren wirtschaftlichen Kooperation innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ab? Inwieweit teilte die Bevölkerung das seit den 1960er Jahren propagierte Verständnis von nationaler Souveränität? Wie veränderten die Reformen in Polen und Ungarn das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Rumänien?

Um die Ziele der rumänischen Politiker in der Außenpolitik innerhalb von 45 Jahren zu skizzieren, lassen sich in der kommunistischen Ära drei Phasen unterscheiden. In ihnen wurden die Interessen Rumäniens jeweils mit unterschiedlichen ideologischen Konstrukten legitimiert:

- Herausbildung des rumänischen Stalinismus 1944–1963;
- Nationalkommunismus und außenpolitische Öffnung 1964–1974;
- Aggressiver Nationalismus und Stagnation 1975–1989.

1. Herausbildung des rumänischen Stalinismus 1944–1963

Die Beziehungen zwischen Rumänien und der Sowjetunion waren bereits während der Zwischenkriegszeit durch den Streit um die Zugehörigkeit

Bessarabiens belastet gewesen. Jenes Gebiet hatte seit 1812 zum Zarenreich gehört und war von der rumänischen Armee im Januar 1918 besetzt worden. Neben etwa 56 Prozent Rumänen (1930) lebten dort viele Russen, Ukrainer und Juden, die unzufrieden mit der Politik der Rumänisierung waren. Wegen des Konfliktes um Bessarabien bestanden nur zwischen 1934 und 1940 diplomatische Beziehungen zwischen Rumänien und der Sowjetunion. Infolge des Hitler-Stalin-Paktes¹ besetzte die Sowjetunion Bessarabien Ende Juni 1940. Um dieses Gebiet sowie die gleichzeitig okkupierte Nordbukowina zurückzugewinnen, beteiligte sich die rumänische Armee im Juni 1941 am deutschen Angriff auf die Sowjetunion.²

Als die Rote Armee im Frühjahr 1944 die rumänische Landesgrenze erreichte, schlossen Vertreter der Bauernpartei und der Nationalliberalen mit Sozialdemokraten und Kommunisten ein Bündnis zum Sturz von Marschall Ion Antonescu. Der Staatsführer wurde während der Audienz bei König Mihai I. am 23. August 1944 verhaftet. Danach kämpften rumänische Einheiten an der Seite der Roten Armee bis Mai 1945. Diesen Einsatz legitimierten die von Generälen geführten Koalitionsregierungen damit, dass dadurch das 1940 an Ungarn abgetretene Nordsiebenbürgen zurückgewonnen werde. Eine Alliierte Kontrollkommission sollte bis zum Friedensvertrag die Bestrafung der Kriegsverbrecher und die Neuausrichtung der rumänischen Gesellschaft anleiten. Aufgrund der Absprache zwischen Stalin und Churchill am 8. Oktober 1944 gehörte Rumänien zu 90 Prozent zum sowjetischen Einflussgebiet.³ Daher unterstützten die Vertreter der Westalliierten in der Kommission die bürgerlichen Parteien kaum.

Bereits im 6. März 1945 musste der König aufgrund der Forderung von Andrej J. Wyšinskij, des stellvertretenden Außenministers der Sowjetunion, eine prokommunistische Regierung berufen. In der Regierung von Petru Groza erhielten die Kommunisten drei wichtige Ministerposten: Teohari Georgescu wurde Innenminister, Gheorghe Gheorghiu-Dej Transportminister und Lucrețiu Pătrășcanu Justizminister. Im August

¹ Gemeint ist der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 mit seinem Geheimen Zusatzprotokoll über die Aufteilung von Interessensphären zwischen den beiden Vertragspartnern von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer [Anm. d. Hrsg.].

² MARIANA HAUSLEITNER, Romania in the Second World War. Revisionist out of Necessity, in: Territorial Revisionism and the Allies of Germany in the Second World War, hg. v. MARIA CATTARUZZA u. a., New York / Oxford 2013, S. 173–192.

³ BERND STÖVER, Der Kalte Krieg 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, Bonn 2007, S. 38 f.

1944 hatte die Kommunistische Partei nur etwa tausend Mitglieder, doch im Oktober 1945 war es bereits über eine Viertelmillion.⁴

Die Kommunistische Partei war seit 1924 in der Illegalität gewesen, viele Mitglieder hielten daher das Parlament für ein Relikt vergangener Zeiten. Der Drucker Georgescu hatte jahrelang in rumänischen Gefängnissen gesessen und dort enge Beziehungen zu verhafteten NKVD-Leuten⁵ geknüpft. Zu diesen gehörte Emil Bodnaraș, der nun den Sicherheitsdienst SSI und die Gendarmerie mit Vertrauensleuten besetzte.⁶ Als sowjetische Berater wirkten vor allem aus Bessarabien stammende Kommunisten. In Moskau hatte Georgi Dimitrov ursprünglich für die Leitung der rumänischen Kommunisten Ana Pauker vorgesehen. Diese hatte 1921 die Kommunistische Partei in Rumänien mitbegründet und in der Sowjetunion zusammen mit Vasile Luca seit 1943 eine Einheit in der Roten Armee aus rumänischen Kriegsgefangenen aufgebaut.



Abb. 1: Ana Pauker, um 1950

⁴ ROBERT R. KING, *A History of the Romanian Communist Party*, Stanford 1980, S. 64.

⁵ NKVD ist die russische Abkürzung für das Sowjetische Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten, in das der Staatssicherheitsdienst eingegliedert war [Anm. d. Hrsg.].

⁶ VLADIMIR TISMANEANU, *Stalinism for All Seasons. A Political History of Romanian Communism*, Berkeley / London 2003, S. 256.

Pauker schlug Gheorghe Gheorghiu-Dej als Generalsekretär vor, da sie als Jüdin und Frau im traditionellen Agrarland keine Chancen auf Anerkennung sah. Gheorghiu-Dej war als Eisenbahnarbeiter wegen Streikbeteiligung seit 1933 im Gefängnis gewesen und hatte dort konspirative Sitzungen geleitet. Im Januar 1945 hielt er sich zwei Wochen in Moskau auf und danach akzeptierte Stalin ihn.⁷ Der sowjetische Außenminister Wjačeslav M. Molotov hegte besonderes Misstrauen gegen Lucrețiu Pătrășcanu, weil der die harten Auflagen der Sowjetunion bei den Verhandlungen zum Waffenstillstand kritisiert hatte.

In dem Vertrag, den er am 12. September 1944 in Moskau unterzeichnete, musste Rumänien auf Bessarabien und die Nordbukowina verzichten. Als Entschädigung für Kriegszerstörungen sollte Rumänien 300 Millionen Dollar innerhalb von sechs Jahren an die UdSSR zahlen. Es wurden sowjetisch-rumänische Unternehmen (Sovrom) gegründet, die bis 1956 vor allem dem Abtransport von Rohstoffen in die Sowjetunion dienten.⁸ Arbeitsfähige Angehörige der deutschen Minderheit wurden 1945 zur Zwangsarbeit in der Sowjetunion verpflichtet, wo sie unter sehr harten Bedingungen fünf Jahre festgehalten wurden. In den Hungerjahren kamen dort etwa zwölf Prozent der Deportierten um.⁹

Die Regierung von Petru Groza verteilte seit März 1945 den Bodenbesitz über 50 Hektar, was bei vielen armen Bauern gut ankam. Etwa 70 Prozent der Bevölkerung waren damals Bauern. Die Kommunisten stärkten ihren Einfluss durch ein Bündnis mit Grozas kleiner Partei der Ackerpflüger sowie der Sozialdemokratie zur Nationaldemokratischen Front. Die Front trat gemeinsam bei den Wahlen im Dezember 1946 an: Ihr wurden 85 Prozent der Stimmen zugeschrieben. Die Vertreter Großbritanniens und der USA in der Kontrollkommission protestierten daraufhin gegen die Wahlfälschung. Die Bauernpartei kündigte Widerstand an, die Nationalliberalen waren zerstritten. Schon während des Prozesses gegen Marschall Antonescu 1946 hatten die Ankläger versucht, auch die Führer der Bauernpartei als Kriegstreiber zu kriminalisieren. Der nationalliberale Außenminister amtierte noch bis kurz nach der Pariser

⁷ ROBERT LEVY, Gloria și decăderea Anei Pauker [Glanzzeit und Fall der Ana Pauker], Iași 2002, S. 64.

⁸ FLORIAN BANU, Asalt asupra economiei României de la Solagra la SOVROM 1936–1956 [Angriff auf die Ökonomie Rumäniens von Solagra bis SOVROM 1936–1956], București 2004, S. 60.

⁹ ILIE SCHIPOR, Deportarea în fosta URSS a etnicilor germani din România. Argumente arhivistice [Die Deportation von ethnischen Deutschen aus Rumänien in die ehemalige UdSSR. Argumente aus den Archiven], Sibiu 2019, S. 56.

Friedenskonferenz. Auf dieser wurde Rumänien Nordsiebenbürgen zugesprochen.¹⁰

Im Friedensvertrag vom Februar 1947 wurde die Stationierung von Einheiten der Roten Armee abgesichert. Im Dezember 1947 übernahm Ana Pauker das Außenministerium und der Kommunist Vasile Luca das Finanzressort. Bodnaraș wurde Verteidigungsminister und erhielt dadurch auch die Leitung der Militärgerichte. Der Justizminister Pătrășcanu inszenierte 1947 Prozesse gegen die Führer der Bauernpartei, von denen einige versucht hatten, in den Westen zu fliehen. Sie erhielten wegen Hochverrates lebenslängliche Gefängnisstrafen. Die Bauernpartei und die Nationalliberale Partei wurden verboten. Die Kommunisten zwangen am 30. Dezember 1947 den König zum Thronverzicht und proklamierten die Volksrepublik.

Seit 1948 war Rumänien eng in das kommunistische Lager eingebunden, die ideologischen Weisungen kamen vor allem von dem im September 1947 gegründeten Kominform-Büro. Durch den am 4. Februar 1948 mit der Sowjetunion geschlossenen Kooperationsvertrag wurde die wirtschaftliche Vernetzung mit der Sowjetunion erweitert: 1952 gingen dort hin 85 Prozent der Exporte aus Rumänien. Die Zugeständnisse aus der Übergangsphase wurden schnell abgebaut. Die Kommunisten zwangen im Februar 1948 die Sozialdemokraten zum Zusammenschluss in der Rumänischen Arbeiterpartei (RAP). Die Sozialdemokratie hatte zuvor eine halbe Millionen Mitglieder gehabt, einige Gruppen widersetzten sich der Vereinigung. Deren Führer kamen ins Gefängnis. Die RAP leitete Gheorghiu-Dej, im Sekretariat wirkten die Minister Pauker, Luca, Georgescu und Bodnaraș. Im April 1948 erhielt Rumänien eine neue Verfassung nach dem sowjetischen Vorbild.¹¹

Durch die Währungsreform von 1948 verlor die Mittelschicht einen großen Teil ihrer Sparguthaben. Gleichzeitig wurden Industrieunternehmen, Werkstätten, Banken und Transportmittel verstaatlicht. Seit 1949 lief die Kampagne zur Enteignung mittelständischer Bauern, die man nun ähnlich wie in der Sowjetunion als „Kulaken“¹² beschimpfte. Ihr Boden-

¹⁰ ULRICH BURGER, Zwischen Konfrontation und Kooperation. Die „historischen“ Parteien Rumäniens in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion in den Jahren 1944 und 1945, Sankt Augustin 2003, S. 307 f.

¹¹ DENNIS DELETANT, *România sub regimul comunist* [Rumänien unter dem kommunistischen Regime], București 1997, S. 67.

¹² Rumänisch: *chiaburi*; gemäß der marxistisch-leninistischen Ideologie wurden diese agrarischen Privateigentümer als Ausbeuter verstanden, deren Produktionsform zu bekämpfen war.

anteil von einer Million Hektar wurde zur Bildung von Staatsgütern genutzt. Da die Bauern nur noch winzige Bodenflächen von 0,15 ha behalten konnten, regte sich breiter Widerstand. In den Bergregionen formierten sich bewaffnete Gruppen, sie stellten bis 1956 eine ernsthafte Gefahr dar. Wegen Unterstützung der Gegner der Kollektivierung kamen Anfang der 1950er Jahre etwa 80.000 Bauern ins Gefängnis. Die Kollektivierung konnte trotz des enormen Drucks erst 1962 abgeschlossen werden. Für die Durchsetzung war seit 1948 der neue Sicherheitsdienst Securitate zuständig, der mit Unterstützung des NKVD aufgebaut worden war. Oft ging auch die Armee gegen Ortschaften vor, die sich der Kollektivierung widersetzen.¹³

Da die kommunistische Regierung in den Kirchen Widerstandsnester sah, wurde dort besonders hart durchgegriffen. Die Mehrheit der Rumänen gehörte der griechisch-orthodoxen Religion an. In deren autokephaler Kirche konnten die Kommunisten den Patriarch Justinian einsetzen. Er protestierte nicht, als 92 Klöster geschlossen wurden. Die Oberhäupter der griechisch-katholischen Kirche, der 1,5 Millionen Rumänen angehörten, bestimmte der Vatikan. Daher kündigte die Regierung im Juli 1948 das Konkordat auf. Ende 1948 wurden die Vertreter der griechisch-katholischen Kirche zur Vereinigung mit der orthodoxen Kirche gezwungen. Über 600 Geistliche, die sich nicht fügten, kamen ins Gefängnis. Ab 1950 begann die Repression gegen die katholische Kirche. Sie bestand aus etwa einer Million Gläubigen, die vor allem der ungarischen und deutschen Minderheit angehörten. In einem Schauprozess wurden 1951 mehrere Geistliche und Bischöfe als „Spione des Vatikans“ zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.¹⁴

Während des Konfliktes des Kominform mit Tito errichtete die Regierung entlang der jugoslawischen Grenze einen Sperrgürtel von 25 km Breite. Aus diesem Gebietsstreifen wurden am 18. Juni 1951 über 40.000 Serben, Deutsche und Rumänen zwangsumgesiedelt. Diese hatte die Securitate als politisch Unzuverlässige eingestuft und die Truppen der Securitate deportierten sie in die Steppen des Bărăgan im Osten Rumäniens. Dort hausten die Familien anfangs in Erdhütten und die Erwachse-

¹³ MARIANA HAUSLEITNER, Politischer Widerstand in Rumänien vor 1989, in: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik 8 (1996), Sonderheft 1a, S. 67–79.

¹⁴ WILLIAM TOTOK, Der vergessene stalinistische Schauprozess gegen die „Spione des Vatikans“ in Rumänien 1951, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (2005), S. 233–259.

nen mussten Zwangsarbeit verrichten. Im Zuge der Jugoslawien-Krise gelang es Gheorghiu-Dej auch, seinen profiliertesten Konkurrenten auszuschalten: 1948 wurde der Justizminister Pătrășcanu als angeblicher Titoist verhaftet.



Abb. 2: Lucrețiu Pătrășcanu und Gheorghe Gheorghiu-Dej, um 1947

Der hatte wenig mit Tito zu tun gehabt, dafür aber hatte Gheorghiu-Dej mit Tito über Pläne für eine Balkan-Föderation gesprochen, die Stalin plötzlich vehement ablehnte. Um sich selbst zu schützen, schlug der rumänische Parteichef am 9. November 1949 im Politbüro der RAP die Entsendung sowjetischer Berater für die Verhöre von Pătrășcanu vor. Damit setzte er den Innenminister Teohari Georgescu unter Druck, der nicht an einen Verrat von Pătrășcanu glaubte. Eine Kommission unter Anleitung von NKVD-Beratern überprüfte die Mitglieder der RAP: Bis 1950 wurden 192.000 Mitglieder ausgeschlossen, das entsprach 20 Prozent.¹⁵

Der für 1950 geplante Schauprozess fand nicht statt, weil aus Moskau ständig neue Anweisungen für das Szenario kamen. Gheorghiu-Dej nutzte dann die antisemitisch gefärbte Kampagne gegen Rudolf Slánský, dem

¹⁵ DORIN DOBRINCĂ, The Soviet Counsellors' involvement in Postwar Romanian Repressive and Military Structures, in: *Sovietization in Romania and Czechoslovakia*, hg. v. ALEXANDRU ZUB / FLAVIUS SOLOMON, Iași 2003, S. 162 f.

Mitbegründer der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, um im Juli 1952 Ana Pauker als Außenministerin abzusetzen. Ihre Verhandlungen mit Israel über die Ausreise von Juden im Austausch gegen Raffinerie-Ausrüstungen galten nun als Kontakte mit gefährlichen Zionisten. Ebenfalls 1952 wurden der ungarische Finanzminister Vasile Luca und der rumänische Innenminister Teohari Georgescu verhaftet. Gheorghiu-Dej schaltete somit durch falsche Beschuldigungen alle profilierten Konkurrenten aus. Nach Stalins Tod wurde Ana Pauker schwerkrank aus dem Gefängnis entlassen. Dagegen verlangte Gheorghiu-Dej vom Politbüro im April 1954 erfolgreich die Zustimmung zur Erschießung von Pătrășcanu als angeblichen Spion Großbritanniens und der USA.¹⁶

2. Nationalkommunismus und außenpolitische Öffnung 1964–1974

Bis 1958 gab es keine wesentlichen ökonomischen Interessensdifferenzen mit der Sowjetunion, denn seit der Gründung des RGW 1949 erhielt Rumänien Unterstützung zum Aufbau einer eigenen Schwerindustrie. Im Kalten Krieg war ein wichtiges Ziel, viele Zentren zur Herstellung von Waffen zu schaffen. Zur besseren Anbindung an die Sowjetunion begann im Mai 1949 der Bau des Donau-Schwarzmeerkanaals. Dort leisteten etwa 40.000 Häftlinge Zwangsarbeit, zudem waren Soldaten am Bau beteiligt. Nach Stalins Tod wurde das Großprojekt eingestellt, die Häftlinge kamen in andere Lager. 1954 wurden auch die Lager für Zwangsarbeiter im Bărrăgan aufgelöst.¹⁷ Die forcierte Industrialisierung auf Kosten der Bauern ging weiter.

Völlig schockiert nahm Gheorghiu-Dej im 25. Februar 1956 die nächtliche Geheimrede von Nikita Chruščev beim 20. Parteitag der KPdSU zur Kenntnis. Einen Monat lang beriet er mit Vertrauten, bis ein kleiner Kreis ausgewählter Kader darüber informiert wurde, dass Chruščevs Kritik Rumänien nicht betreffe, da hier bereits seit 1952 die „Leninsche Gesetzmäßigkeit“ wiederhergestellt worden sei. Er begründete die Absetzung von Pauker und Luca damit, dass sie Moskauer Konzepte umsetzen wollten, die nicht zu Rumänien passten. Nur zwei Führungsmitglieder ver-

¹⁶ HILDRUN GLASS, Der Fall Lucrețiu Pătrășcanu. Neue Quellen und Forschungen zu einem politischen Prozess in Rumänien, in: Südost-Forschungen 56 (1997), S. 373–397.

¹⁷ DENNIS DELETANT, Teroarea comunistă în România. Gheorghiu-Dej și statul polițienesc 1948–1965 [Der kommunistische Terror in Rumänien. Gheorghiu-Dej und der Polizeistaat 1948–1965], Iași 2001, S. 167–169.

langten einen strukturellen Kurswechsel, doch konnten sie sich gegen die Unterstützer von Gheorghiu-Dej nicht durchsetzen. Seit April 1956 wurden einige Kommunisten amnestiert: Teohari Georgescu verließ das Gefängnis, während Vasile Luca 1963 in der Haft verstarb. Die wichtigste Machtstütze von Gheorghiu-Dej blieb der Geheimdienst, den weiterhin Alexandru Drăghici leitete. Er war seit 1951 stellvertretender Innenminister, seit 1952 Chef der Securitate und zwischen 1957 und 1965 Innenminister. Beide diskreditierten alle kritischen Stimmen in der RAP, weil sie sonst ihre Macht verloren hätten.¹⁸

Trotz der Repression formierten sich in einigen Städten informelle Gruppen, die eine Demokratisierung anstrebten. Besonders stark brodelte es in Siebenbürgen und im Banat, denn dort wurden die Nachrichten von Radio Budapest über den Aufbruch in Ungarn verfolgt. Die Studenten der ungarischen Universität in Cluj (Klausenburg) forderten nun Selbstverwaltung. Nachdem Ende Oktober 1956 sowjetische Einheiten den Westen Rumäniens verlassen hatten, um den Aufstand in Budapest niederzuschlagen, protestierten in Temeswar mehrere Tausend Studenten. Ein breites Militäraufgebot verhaftete 300 angebliche Rädelsführer, viele erhielten langjährige Gefängnisstrafen. Rumänien war danach derart stabilisiert, dass der KGB dort nach der Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn Imre Nagy, György Lukács und andere ungarische Kommunisten bis April 1957 internierte. Einige rumänische Kommunisten leisteten Hilfe beim Wiederaufbau der Staatsschutzbehörde (ÁHV) in Ungarn.¹⁹

1958 merkte Chruščev, dass er die Einheit im sozialistischen Block nicht wiederherstellen konnte und ging erneut auf Distanz zu Titos Sonderweg. Die meisten RGW-Staaten befolgten den Kurswechsel, aber Rumänien vertiefte die Beziehungen mit Jugoslawien durch den Bau eines gemeinsamen Wasserkraftwerkes an der Donau. Dies war der erste Schritt zu einer Politik nationaler Interessen, wie Corneliu Mănescu, der Außenminister Rumäniens zwischen 1961 und 1972, später betonte.²⁰ Die wichtigste Voraussetzung für den eigenständigen Kurs der RAP war, dass es 1956 im Land relativ ruhig geblieben war. Chruščev avisierte damals eine

¹⁸ STELIAN TĂNASE, *Elite și societate. Guvernarea Gheorghiu-Dej 1948–1965* [Eliten und Gesellschaft. Die Herrschaft von Gheorghiu-Dej 1948–1965], București 1998, S. 120–123.

¹⁹ MARIANA HAUSLEITNER, *Das „Taufwetter“ in der Sowjetunion und seine Folgen in Polen, Ungarn und Rumänien 1953–1956*, in: *Zwischen Taufwettersozialismus und Neostalinismus*, hg. v. RUDOLF GRÄF / GERALD VOLKMER, München 2011, S. 11–26.

²⁰ *Convorbiri neterminate. Corneliu Mănescu în dialog cu Lavinia Betea* [Unvollendete Gespräche. Corneliu Mănescu im Dialog mit Lavinia Betea], Iași 2001, S. 158.

Teilabrüstung in Europa, um Mittel für die Leichtindustrie freizubekommen. Er kündigte am 24. Mai 1958 bei der Tagung der WVO an, dass die sowjetischen Truppen aus Rumänien abgezogen würden. Die letzten 35.000 Soldaten verließen Rumänien im Juni 1959. Chruščev gab in seinen Erinnerungen an, dass der Verteidigungsminister Bodnaraș diesen Vorschlag vorgebracht und er zuerst wütend reagiert habe.²¹ Aber im Friedensvertrag von 1947 war die Stationierung mit der Verbindung zu den Truppen in der sowjetischen Besatzungszone Österreichs begründet worden. Nach dem Staatsvertrag von 1955 war dort die Rote Armee abgezogen. Um die eigenen Militärausgaben weiter zu reduzieren, gestattete Chruščev den Rumänen auch die Errichtung von großen Rüstungsunternehmen, die Waffen und Munition mit sowjetischer Lizenz herstellten. Dazu wurden viele Zuliefererbetriebe mit Technologien aus den Industriestaaten des RGW modernisiert.²²

Der Truppenabzug ging einher mit einer verstärkten Repression im Inneren Rumäniens: 1958 wurden die Zwangsarbeitslager erneut erweitert, in sie kamen vor allem Bauern, die sich der Kollektivierung widersetzen. Deutsche Schriftsteller wurden 1959 wegen angeblicher Schmähung der Sowjetunion in einem Schauprozess verurteilt, 1960 auch viele Rumänen unter anderen Vorwänden. In der Bergregion, in der die ungarische Bevölkerung 77 Prozent stellte, war der Widerstand gegen die Zwangskollektivierung besonders stark.

Die Verwaltungsreform von 1960 veränderte die Ausdehnung der Autonomen Ungarischen Region so, dass ein mehrheitlich von Rumänen bewohntes Gebiet hinzukam. Die Sonderrechte für die Ungarn waren auf Stalins Vorschlag in die Verfassung von 1952 aufgenommen worden.²³ Nun konnten in der Autonomen Ungarischen Region Mureș rumänische Funktionäre in Leitungspositionen eingesetzt werden. Gleichzeitig wurde Unabhängigkeit von den Moskauer Vorschlägen signalisiert. Das autonome Gebiet wurde 1968 im Zuge einer allgemeinen Verwaltungsreform ganz aufgelöst. Die besondere Förderung von ungarischen Akademikern an einer eigenen Universität in Cluj war durch die Vereinigung mit der

²¹ Chruschtschow erinnert sich, hg. v. STROBE TALBOTT, Reinbek 1971, S. 514 f.

²² PETRE OPRIȘ, Die rumänische Armee und die gemeinsamen Manöver des Warschauer Paktes, in: Der Warschauer Pakt, hg. v. TORSTEN DIEDRICH u. a., Bonn 2009, S. 185–208.

²³ STEFANO BOTTONI, Transilvania roșie. Comunismul român și problema națională 1944–1965 [Das rote Siebenbürgen. Der rumänische Kommunismus und das nationale Problem 1944–1965], Cluj-Napoca 2010, S. 100–102.

rumänischen Universität bereits 1959 beendet worden. Bei der Gelegenheit waren einige kritische ungarische Lehrkräfte entfernt worden.²⁴

Die rumänische Führung nahm im August 1961 mit Misstrauen den Vorschlag von Chruščev bei der Tagung des RGW auf, die Arbeitsteilung und Integration im sozialistischen Block zu verstärken. Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Integration in der Europäischen Gemeinschaft wollte er auch im östlichen Bündnis eine engere Vernetzung durchsetzen. Im Juni 1962 wurde bei der RGW-Tagung ein gemeinsames Exekutivkomitee gebildet. Dort schlugen die sowjetischen Vertreter vor, dass die Staaten mit günstigem Klima wie Rumänien und Bulgarien sich besonders auf die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte konzentrieren sollten. Die stärker industrialisierten Staaten DDR, Tschechoslowakei, Polen sowie die Ukraine könnten genug Stahl für alle produzieren. Dagegen wandte sich Gheorghiu-Dej, indem er zum ersten Mal die Bevorzugung der DDR und Tschechoslowakei bei der Industrieförderung kritisierte. Er verwies darauf, dass in Rumänien erst 13,6 Prozent der arbeitenden Bevölkerung in der Industrie angestellt sei. In der Landwirtschaft könnten durch die Mechanisierung nicht weiterhin 75,8 Prozent beschäftigt werden. Für sie müssten Arbeitsplätze durch große Industrieprojekte geschaffen werden.²⁵

Die rumänischen Anträge zur Förderung von großen Industrieprojekten wurden im RGW nicht angenommen, woraufhin die Rumänen eine Blockadepolitik begannen. Es konnte nur eine allgemeine Erklärung zu den „Grundlegenden Prinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung“ verabschiedet werden. Die rumänischen Führer befürchteten, durch den Integrationsplan als Rohstofflieferant in eine stärkere Abhängigkeit von der Sowjetunion zu geraten. Beim Plenum der RAP verkündete Gheorghiu-Dej 1963 mit Lenin-Zitaten den Anspruch auf eine allseitige Entwicklung des Landes. Er bestand besonders auf der Förderung der Petrochemie in Rumänien. Außerdem wollte er Mittel des RGW für den Bau eines großen Stahlwerkes in Galați. Da dafür Eisenerz

²⁴ SÁNDOR OLÁH, *Colectivizarea în raionul Odorhei* [Die Kollektivierung im Bezirk Odorhei], in: *Țărâniea și puterea. Procesul de colectivizare a agriculturii în România 1949–1962* [Bauernschaft und Macht. Der Prozess der Kollektivierung der Landwirtschaft in Rumänien 1949–1962], hg. v. DORIN DOBRINCU / CONSTANTIN IORDACHI, Iași 2005, S. 281–299.

²⁵ DAN CĂTĂNUȘ, *Divergențele româno-sovietice în C.A.E.R.* [Rumänisch-sowjetische Divergenzen im RGW], II, in: *Arhivele Totalitarismului* 13 (2005), H. 3–4, S. 77–98, hier S. 84.

und Kohle aus der Ukraine benötigt wurde, lehnten es die sowjetischen Vertreter im RGW als unrentabel ab.²⁶

Auf der Sitzung des Politbüros am 20. Januar 1964 stellte Gheorghiu-Dej ausführlich dar, wie Rumänien die wirtschaftliche Abhängigkeit von den RGW-Staaten durch mehr Export in andere Staaten lockern wollte. Er benannte die verdeckte Konkurrenz um Fördermittel im RGW. Da dieser Konflikt nicht offen ausgetragen werden sollte, wurden auf der Ebene der Geschichtsdarstellung Angriffe vorbereitet. Gheorghiu-Dej verlangte die Beschleunigung der Herausgabe einer Schrift von Marx, in der von Rumänen in Bessarabien die Rede war. Diese Maßnahme war gegen sowjetische Historiker gerichtet, die behaupteten, dass die Moldawier in Bessarabien ein eigenständiges romanisch-slawisches Mischvolk seien. Da der Nordosten Rumäniens aus der Moldau bestand, wurde dies als potenzielle Gefahr für eine Einmischung gesehen. Gleichzeitig sollten die Parteimitglieder darauf vorbereitet werden, revisionistische Ansprüche Ungarns auf Siebenbürgen zurückzuweisen.²⁷

Im April 1964 publizierte der Ökonomeprofessor Emil B. Valev in der Moskauer Universitätszeitschrift einen Plan zum Aufbau einer supranationalen Wirtschaftszone, in der Teile Rumäniens, Bulgariens, der sowjetischen Moldaurepublik und der Südukraine zusammengefasst werden sollten. Der Plan betraf zwölf Millionen Einwohner; er wurde von rumänischen Ökonomen zurückgewiesen. Nach dem ZK-Plenum der RAP vom 15. bis zum 22. April 1964 erschien in der Parteizeitung eine „Erklärung zu den Problemen der kommunistischen Bewegung“. Darin wurde unterstrichen, dass die eigenständige Wirtschaftsplanung der Kern von Rumäniens Souveränität sei. Die Kooperation zwischen den sozialistischen Staaten müsse auf der Basis der Gleichberechtigung und Nichteinmischung erfolgen. Durch den sowjetischen Konflikt mit China war die Position von Chruščev inzwischen innerparteilich geschwächt. Bei seiner Absetzung am 14. Oktober 1964 warf ihm sein Nachfolger als Erster Sekretär des ZK der KPdSU Leonid Brežnev u. a. vor, dass er die rumänischen Genossen beleidigt hätte.²⁸ Gheorghiu-Dej beantragte im Namen des Politbüros am 21. Oktober den Abzug der sowjetischen Berater. Sie verließen bis Dezember Rumänien, da Brežnev die Konfrontation vermei-

²⁶ ADRIAN CIOROIANU, *Pe umerii lui Marx* [Auf den Schultern von Marx], București 2005, S. 373–378.

²⁷ Convorbiri neterminate, S. 286, 292 f.

²⁸ *Kak snimali N. S. Chruščeva* [Wie N. S. Chruščev abgesetzt wurde] in: *Istoričeskij Archiv* 1 (1993), S. 3–20, hier S. 14.

den wollte. Die Integrationspläne im RGW wurden nicht mehr vorangetrieben. In Rumänien setzte man die forcierte Industrialisierung fort: Die Anzahl der Bauern sank von 1955 mit einem Anteil von 71,4 Prozent an der Bevölkerung bis 1965 auf 56,5 Prozent.²⁹

Viele Rumänen begrüßten die zunehmende Abgrenzung von der Sowjetunion. 1963 wurde das Maksim-Gor'kij-Institut für Russischlehrer in Bukarest geschlossen, Russisch war bald nur noch ein Wahlfach. Erstmals erlaubte die Zensur wieder die Erwähnung des 1944 abgetrennten Bessarabiens, das Teil der Sozialistischen Sowjetrepublik Moldawien geworden war. Das Gebiet hatte Karl Marx in Aufzeichnungen als von Rumänen bewohnt erwähnt, diese Schrift erschien im Dezember 1964 in Bukarest.³⁰ Rumänische Historiker begannen die nationalen Bewegungen der Rumänen positiv darzustellen. Nicht mehr der Klassenkampf, sondern der Kampf für die nationale Einheit aller Rumänen wurde das zentrale Thema. Die Geschichte der Rumänen galt nun als ständige Abwehr gegen die Angriffe starker Nachbarn.³¹

Nach dem Tod von Gheorghiu-Dej im März 1965 ernannte das sechsköpfige Exekutivkomitee den 1918 geborenen Nicolae Ceaușescu zum Generalsekretär der RAP. Der vom Land stammende Schusterlehrling war 1942 wegen kommunistischer Tätigkeit verurteilt worden und 1943/44 im selben Internierungslager wie Gheorghiu-Dej gewesen. Der hatte ihn 1949 als Stellvertreter des Agrarministers eingesetzt, wo er sich bei der Zwangskollektivierung bewährte. 1950 besuchte er in Moskau einen Lehrgang der Frunze-Militärakademie und wirkte danach in der rumänischen Armee. Seit 1954 war er Sekretär für Organisationsfragen im ZK der RAP, wodurch er sich ein Netzwerk jüngerer Kader aufbaute.

Sein wichtigster Berater in Fragen der Außenpolitik wurde Ion Gheorghe Maurer. Der Rechtsanwalt war zwischen 1961 und 1974 Ministerpräsident, er befürwortete eine vorsichtige Öffnung Rumäniens in Richtung Westen. Walter Ulbricht versuchte im April 1966 Ceaușescu von der Blockade der stärkeren Integration im RGW abzubringen. Doch der wandte sich explizit gegen eine Art Superregierung, der RGW sollte nur Empfehlungen aussprechen. Verträge sollten die Regierungen weiterhin

²⁹ WILLIAM E. CROWTHER, *The Political Economy of Romanian Socialism*, New York 1988, S. 63.

³⁰ KARL MARX, *Insemnări despre români* [Aufzeichnungen über Rumänen], hg. v. ANDREI OȚETEĂ / STANISLAS SCHWANN, București 1964.

³¹ KATHERINE VERDERY, *National Ideology Under Socialism. Identity and Cultural Politics in Ceaușescu's Romania*, Berkeley, CA 1991, S. 106.

bilateral schließen. Die rumänische Regierung wolle selbst entscheiden, woher sie Technologien auf Weltniveau beziehe.³² 1966 stellten sich die Vertreter Rumäniens in der WVO dem sowjetischen Plan zur Bildung eines gemeinsamen Oberkommandos der Streitkräfte entgegen.³³

Im Westen wurde in den 1960er Jahren wahrgenommen, dass Rumänien nun Kredite von anderen Gebern als den bisherigen für industrielle Großprojekte benötigte. Für das im RGW abgelehnte Stahlwerk in Galați kam ein günstiger Kredit aus Großbritannien und Maschinen aus der Bundesrepublik Deutschland. Die französische Firma Renault vergab die Lizenz zum Bau eines PKW, der in Rumänien „Dacia“ genannt wurde. Seit 1963 schloss Rumänien Handelsverträge mit der BRD und nahm 1967 diplomatische Beziehungen auf, die damals außer der Sowjetunion kein osteuropäischer Staat hatte. Aus der BRD kamen umfangreiche Kredite, das Land wurde ein wichtiger Handelspartner. Besonders große Einkünfte in Devisen erlangte Rumänien dadurch, dass jährlich 12.000–15.000 Angehörige der deutschen Minderheit gegen eine hohe Kopfprämie in die BRD ausreisen durften. Insgesamt waren es zwischen 1967 und 1989 etwa 200.000 Deutsche.³⁴

Solche Vereinbarungen gab es bereits davor mit Israel, jährlich verließ ein Kontingent von Juden Rumänien.³⁵ Was Rumänien in der Weltpolitik unter Unabhängigkeit verstand, demonstrierte Ceaușescu am 9. Juni 1967 in Moskau, als er sich als einziger kommunistischer Parteichef weigerte, Israel als Aggressor im Sechstage-Krieg zu bezeichnen. Nur Rumänien brach die diplomatischen Beziehungen nicht ab, wie es sogar Jugoslawien tat. Der rumänische Ministerpräsident Ion Gheorghe Maurer äußerte sich im selben Sinn am 23. Juni bei der Generalversammlung der UNO. Daraufhin wurde er zusammen mit dem Außenminister Corneliu Mănescu zum US-Präsidenten Lyndon B. Johnson im Weißen Haus eingeladen. Der sicherte ihm zu, dass die USA im September die Wahl des rumä-

³² ULRICH BURGER, Aufgabe und Funktion des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, in: *Totalitarism. Ideologie și realitatea socială în România și RDG* [Totalitarismus. Ideologie und soziale Realität in Rumänien und in der DDR], hg. v. ALEXANDER RUBEL / CATALIN TURLIUC, Iași 2006, S. 111–128.

³³ CARMEN RIJNOVEANU, Rumänien und die Militärreform des Warschauer Paktes 1960 bis 1970, in: *Der Warschauer Pakt*, S. 209–224.

³⁴ Kauf von Freiheit. Dr. Heinz-Günther Hüsch im Interview mit Hannelore Baier und Ernst Meinhardt, Hermannstadt 2014.

³⁵ RADU IOANID, Răscumpărarea evreilor. Istoria acordurilor secrete dintre România și Israel [Der Ausverkauf der Juden. Geschichte der geheimen Verträge zwischen Rumänien und Israel], Iași 2005.

nischen Außenministers zum Präsidenten der Generalversammlung der UNO für 1967/1968 unterstützen würden. Durch solche Eigenständigkeit in der Außenpolitik stieg das Ansehen Rumäniens. Der französische Staatspräsident General Charles de Gaulle besuchte im Mai 1968 Rumänien und betonte die Gemeinsamkeiten der romanischen Völker.³⁶

Ceaușescu hatte 1965 den Sieg des Sozialismus erklärt, das Land hieß nun Rumänische Sozialistische Republik und die Arbeiterpartei Rumänische Kommunistische Partei (RKP). Er betonte seit 1966, dass Rumänien ein einheitlicher Nationalstaat sei. Die Medien und Filme stellten nun den jahrhundertelangen Kampf der Rumänen für nationale Interessen und territoriale Unabhängigkeit heraus. Parteihistoriker bezeichneten den Ersten Weltkrieg nicht mehr wie bis dahin als imperialistisches Abenteuer der rumänischen Bourgeoisie. Sie interpretierten die Anschlüsse Bessarabiens, Siebenbürgens und der Bukowina an das Kernland im Jahr 1918 nun als eine Errungenschaft des gesamten Volkes. Die Kritik der Kommunistischen Partei nach 1921 an der Politik in Großrumänien verschwand aus den Lehrbüchern. Neben der schrittweisen Distanzierung von der Legitimation der Herrschaft über die führende Rolle der Kommunisten in den Klassenkämpfen erfolgte auch eine wesentliche Änderung auf der institutionellen Ebene. Ceaușescu kritisierte wegen „Repressalien“ Alexandru Drăghici, der zwischen 1950 und 1965 Innenminister war und nun als Leiter des Geheimdienstes Securitate abgesetzt wurde. Im Zentrum der Kritik stand der Fall des 1954 hingerichteten ehemaligen Justizministers Pătrășcanu, der nun als Vertreter berechtigter nationaler Interessen Rumäniens dargestellt wurde. Die Entmachtung von Drăghici bedeutete einen Sieg über die Seilschaft von Gheorghiu-Dej. Nun kamen Kader aus dem Netzwerk von Ceaușescu in wichtige Ämter. Das ZK-Plenum vom April 1968 rehabilitierte auch einige rumänische Kommunisten, die 1937/38 in der Sowjetunion Opfer des Staatsterrors geworden waren.³⁷

Bei der Tagung der Verteidigungsminister der WVO vom 29. Februar bis 1. März 1968 schlugen die sowjetischen Vertreter harsche Töne gegen angebliche konterrevolutionäre Tendenzen in der ČSSR an. Sie forderten einen gemeinsamen Militärrat des Vereinten Kommandos der Streitkräfte, den die rumänischen Vertreter ablehnten. Sie reisten ab, ohne die geplante Resolution zu unterzeichnen. Ceaușescu fuhr in die ČSSR und unterzeichnete dort am 16. August den „Vertrag der Freundschaft, Zusammenarbeit

³⁶ Convorbiri neterminate, S. 174; IOANID, Răscumpărarea evreilor, S.131 f.

³⁷ CATHERINE DURANDIN, Istoria românilor [Geschichte der Rumänen], Iași 1998, S. 323.

und gegenseitigen Unterstützung“.³⁸ Er betonte dabei, dass die WVO ein Bündnis zur Abwehr eines imperialistischen Feindes sei und sich nicht in interne Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten einmischen dürfe. Nachdem die Sowjetunion am 20. August 1968 den Vormarsch ihrer Truppen in der ČSSR begonnen hatte, rief das Exekutivkomitee der RKP am Tag darauf zu einer Volksversammlung in Bukarest auf. Von dem Balkon des Partei-sitzes aus verurteilte Ceaușescu vor etwa 100.000 Rumänen den Überfall der Armeen von fünf Staaten der WVO und rief zur Bildung von patriotischen Garden auf:

„Wir rufen die Bürger des Vaterlandes auf, volles Vertrauen in die Staatsführung, in unsere kommunistische Partei zu zeigen, ruhig und entschieden zu handeln. Jeder soll an seinem Arbeitsplatz die Anstrengungen verzehnfachen, um das Programm zur Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft umzusetzen. Wir müssen bereit sein, Genossen, in jedem Moment unser sozialistisches Vaterland Rumänien zu verteidigen.“³⁹

So viele freiwillige Unterstützer hatte kein Parteiredner in Rumänien zuvor mobilisiert. Die Große Nationalversammlung stand einhellig am 22. August hinter Ceaușescus Kritik an der Verletzung des Rechtes auf Souveränität des Bruderstaates. Am 24. August traf sich Ceaușescu mit Tito, um gemeinsam die Invasion zu verurteilen. Daraufhin kam aus Moskau eine Verwarnung, aber China und die USA drohten Brežnev mit Konsequenzen, falls auch Rumänien besetzt werden würde.

Ceaușescu fuhr in das ungarische Siedlungsgebiet Rumäniens und versprach mehr Radio- und Fernsehsendungen in ungarischer Sprache. Die waren nötig, weil Ungarn sich an der Invasion beteiligt hatte und dort dessen Programme verfolgt wurden. Es entstanden die Räte der ungarischen und deutschen Werktätigen. Obwohl es keine Entstalinisierung und Dezentralisierung gab, honorierte der Westen Rumäniens Sonderrolle. Der US-Präsident Richard Nixon besuchte Rumänien 1969, Ceaușescu reiste 1970 in die USA. Viel früher als die anderen osteuropäischen Staaten wurde Rumänien 1971 in das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) und 1972 in den Internationalen Währungsfonds (IWF) aufgenommen. Vom IWF flossen dann günstige Kredite für Rumäniens forcierte Industrialisierung. Daraus ergab sich von 1968 bis 1972 ein ökonomischer Aufschwung, viele Rumänen schafften sich im Land her-

³⁸ RIJNOVEANU, Rumänien, S. 215; TISMANEANU, Stalinism, S. 202.

³⁹ Zitiert nach PAVEL CÂMPEANU, Ceaușescu, anii număratorii inverse [Ceaușescu, die rückwärts gezählten Jahre], Iași 2002, S. 248 f.

gestellte Fernseher, Waschmaschinen etc. an. Der Anteil der im landwirtschaftlichen Sektor Beschäftigten sank auf 29,4 Prozent herab. Rumänien galt im Westen als ein Land, das erfolgreich den Status eines Entwicklungslandes überwunden hatte. Das Land erhielt 1973 Handelspräferenzen von der Europäischen Gemeinschaft und als einziger kommunistischer Staat 1975 den Status der Meistbegünstigung im Handel mit den USA.

3. Aggressiver Nationalismus und Stagnation 1976–1989

Während seiner Staatsbesuche in China und Nordkorea beeindruckte Ceaușescu der dortige Kult um die Parteiführer. Unmittelbar danach verkündete er am 6. Juli 1971 die Bekämpfung „liberalistischer und kleinbürgerlicher Auffassungen“ im Kulturbereich. Die Kunst sollte der Schaffung eines „neuen Menschen“ dienen. Daher sollte das Staatliche Komitee für Kunst und Kultur vor allem Laien fördern. Im Radio und Fernsehen wurden laufend Wettbewerbe mit rumänischen Volksgesängen und Tänzen vorgestellt. Bei Massenveranstaltungen wurde dem Führer mit Gedichten und Liedern über den „Sohn der Sonne“ oder die „stolzeste Tanne Rumäniens“ gehuldigt.⁴⁰

Noch lebte ein Drittel der Bevölkerung auf dem Land und die meisten anderen waren erst kürzlich in die Städte gezogen, daher war für sie diese Art Kultur nicht so fremd wie für viele nun marginalisierte Intellektuelle und professionelle Künstler. Während die Autorenfotos von Schriftstellern auf Buchdeckeln verbannt wurden, musste das geschönte Jugendbild von Ceaușescu in jeder Institution hängen. Der Kult bezog nun auch seine ungebildete Ehefrau Elena ein, die zunächst den Wissenschaftsbereich zu kontrollieren begann und danach auch stellvertretende Ministerpräsidentin wurde. Der Bruder Ilie Ceaușescu wachte über die Auslegung der Geschichte sowie den Kampf gegen den Kosmopolitismus und die westlichen Einflüsse im Kulturbereich. Im Oktober 1971 wurden die Zugeständnisse an die ungarische und deutsche Minderheit rückgängig gemacht. Seit 1968 waren nichtrumänische Ortsbezeichnungen in der Öffentlichkeit geduldet worden, deswegen wurde zum Beispiel die „Hermannstädter Zeitung“ umbenannt. Funktionäre, die sich der neuen Leitlinie nicht anpassten, verbannte Ceaușescu durch die „Kaderrotation“ in entfernte Provinzorte. Auch Ceaușescus Sohn Nicu und weitere Verwandte erhielten wichtige Positionen. Daher bezeichneten einige westli-

⁴⁰ THOMAS KUNZE, Nicolae Ceaușescu. Eine Biographie, Berlin 2000, S. 188–191.

che Autoren das Regime als „dynastischen Neo-Stalinismus“.⁴¹ Der Führungskreis um Ceaușescu bestand nun aus Kadern, die alle ihm ihren Aufstieg verdankten. Bodnaraș war 1974 gestorben, Maurer wurde als Ministerpräsident 1974 abgesetzt. Ceaușescu erklärte sich 1974 auch zum Staatspräsidenten und ließ sich mit Zepter abbilden.



Abb. 3: Stefan Voitec, Präsident der Großen Nationalversammlung, übergibt Ceaușescu am 29. April 1974 das für ihn entworfene Zepter.

Während der Inszenierungen von Massenbegeisterung wuchs die Unzufriedenheit im Land. Besonders unter den Angehörigen der ungarischen Minderheit wurde Protest laut. Sie war 1977 mit 1,7 Millionen die größte Minderheit mit einem Anteil von 7,9 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Die staatlich gelenkte Migration veränderte die ethnische Struktur in Siebenbürgen. Absolventen aus den Reihen der ungarischen Minderheit teilte man zumeist Arbeitsplätze außerhalb deren Siedlungsgebietes zu. Der Ausschluss der ungarischen Minderheit von Leitungspositionen führte zu Unzufriedenheit.⁴²

⁴¹ Ebd., S. 239–247.

⁴² BRIGITTE MIHOK, Zur Funktion der Forcierten. Industrialisierung in der multiethnische Region Siebenbürgen 1965–1989, in: Totalitarismus, S. 95–109.

Nachdem Ceaușescu im August 1975 in Helsinki mit der Unterzeichnung der Schlussakte der KSZE auch die Respektierung der Menschenrechte gebilligt hatte, bezogen sich nun mehr Angehörige der ungarischen Minderheit darauf. Seit Herbst 1977 kritisierte der ungarische Kommunist Karoly Kiraly in mehreren Offenen Briefen die Aushöhlung der verbrieften Minderheitenrechte. Er war bis 1972 Mitglied im ZK der RKP und Vizepräsident des Rates der ungarischen Werktätigen gewesen. Nun verwies er auf Einschränkungen im ungarischen Schulunterricht, das Verschwinden ungarischer Ortschilder etc. Einige ungarische Intellektuelle appellierten 1978 an die UNO und baten um Unterstützung.⁴³

Ausgelöst durch die Bewegung der „Charta 77“ für Menschenrechte in der ČSSR erklärten in Rumänien über 200 Personen ihre Unterstützung für den Solidaritätsbrief des rumänischen Schriftstellers Paul Goma an den Tschechen Pavel Kohout. Diesem schrieb Goma, der seit 1972 Publikationsverbot hatte, im Januar 1977: „Ihr seid von den Russen okkupiert, wir Rumänen aber von Rumänen, was noch viel schmerzhafter ist“. ⁴⁴ Goma wurde verhaftet und ausgewiesen. Der US-Sender Radio Free Europe hatte in den rumänischen Sendungen aus vielen Schreiben an Goma zitiert. Dort wurde auch über den ersten großen Arbeiterprotest berichtet.

Im Schiltal sollte die Arbeitszeit der Kumpel verlängert und ihre Löhne gekürzt werden. Im August 1977 traten etwa 35.000 Bergarbeiter in einen Streik. Ceaușescu warnte vor einer sowjetischen Invasion und schickte starke Militärverbände in die Grubenorte. 4.000 Kumpel wurden entlassen und bei der Zwangsarbeit am wieder aufgenommenen Bau des Donau-Schwarzmeer-Kanals isoliert. Auch in den folgenden Jahren gab es kurze Streiks, die unterdrückt wurden. Im Februar 1979 gründeten einige Personen freie Gewerkschaften, sie wurden daraufhin in psychiatrischen Anstalten zwangsbehandelt.⁴⁵ Tiefe Eingriffe in die persönliche Sphäre stellte die Gesetzgebung dar, die Frauen, die noch nicht vier Kinder hatten, an Abtreibungen hinderte. Viele Frauen vollzogen illegale Schwangerschaftsabbrüche. Wurden sie denunziert, kamen die betroffenen Frauen

⁴³ GYÖRGY DALOS, *Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa*, München 2009, S. 211 f.

⁴⁴ Dossier Paul Goma. L'écrivain face au socialisme du silence, hg. v. VIRGIL TANASE, Paris 1977, S. 88.

⁴⁵ VASILE PARASCHIV, *Lupta mea pentru sindicate libere în România* [Mein Kampf für freie Gewerkschaften in Rumänien], Iași 2005.

und Ärzte ins Gefängnis. Seit 1966 starben Tausende Frauen an unsachgemäßen Eingriffen.⁴⁶

Seit Anfang der 1980er Jahre verschlechterte sich die Wirtschaftslage in Rumänien rapide. Nach dem Sturz des Schahs von Persien Reza Pahlawi 1979 bekam Rumänien kein billiges Rohöl mehr von dort und die eigenen Vorräte gingen zur Neige. Für in Rumänien raffiniertes Öl waren keine Gewinne mehr zu erzielen. Nun zeigten sich die fatalen Folgen der Disproportion: Seit 1971 waren 60 Prozent der Investitionen in die Petrochemie, Eisenmetallurgie und den Maschinenbau geflossen. Für viel Geld war westliche Technologie eingeführt worden. Doch die Produkte aus Rumänien waren minderwertig und wurden vor allem in Entwicklungsländern abgesetzt. Diese bezahlten dafür wenig, und so konnte Rumänien nicht einmal die Zinsen der Auslandsschulden zurückzahlen.

Der IWF schlug 1981 den Vertretern Rumäniens die Reduzierung der Importe und noch mehr Exporte von Lebensmitteln vor. Das Land begann auf diese Weise seine Schulden von 10,2 Milliarden Dollar (1981) abzubezahlen. Die Folge war, dass seit 1982 Grundnahrungsmittel wie Mehl, Zucker und Öl rationiert wurden. Seit 1983 wurde der Strom- und Gasverbrauch der privaten Haushalte drastisch verringert, die Arbeitsstellen durften nur bis auf 14 Grad geheizt werden. Unter diesen Bedingungen wuchs die Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Hinzu kam, dass 1986 der staatlich garantierte Mindestlohn abgeschafft wurde.⁴⁷

Da im Nachbarland Ungarn der Lebensstandard viel besser war, herrschte besonders bei der ungarischen Minderheit Unmut. Seit Dezember 1981 publizierten in Siebenbürgen ungarische Intellektuelle die Samizdat-Schrift „Ellenpontok“ (Kontrapunkte). Einige ihrer Autoren verhaftete die Securitate im November 1982. Da sich die Regierung Ungarns auf diplomatischem Weg für sie einsetzte, durften sie nach einer kurzen Haftzeit ausreisen. Ab und zu tauchten auch rumänische Flugblätter mit Protesten auf. Deswegen mussten alle Besitzer von Schreibmaschinen seit 1983 regelmäßig eine Schriftprobe bei der Polizei abgeben.⁴⁸

⁴⁶ MARIANA HAUSLEITNER, *Women in Romania. Before and After the Collapse*, in: *Gender Politics and Post-Communism*, hg. v. NANETTE FUNK / MAGDA MUELLER, New York / London 1993, S. 53–61.

⁴⁷ KURT SCHARR / RUDOLF GRÄF, *Rumänien. Geschichte und Geografie*, Köln 2008, S. 126 f.

⁴⁸ GYÖRGY DALOS, *Lebt wohl Genossen! Der Untergang des sowjetischen Imperiums*, Bonn 2011, S. 45 f.

Nicht nur Rumäniens Beziehungen zu Ungarn waren gespannt. Nachdem sich 1978 Ion Mihai Pacepa, der stellvertretende Chef des rumänischen Auslandsgeheimdienstes, in die USA abgesetzt hatte, erfuhr der US-Geheimdienst von den Waffenverkäufen an die PLO und Libyen. Mit den Geheimdiensten der Sowjetunion und der DDR gab es nur noch einen geringen Datenaustausch. Nach der Wahl von Michail S. Gorbatschow im März 1985 zum Generalsekretär der KPdSU bekam Ceaușescu gelegentlich Kritik aus Moskau zu hören. Gorbatschow verkündete im Februar 1986, dass die Sowjetunion den RGW so umgestalten wolle, dass niemand „ins Schlepptau“ genommen werde.⁴⁹ Als der sowjetische Führer im Mai 1987 Bukarest besuchte, sprach er viele Missstände offen vor laufender Fernsehkamera an. Aber nur die sowjetische Presse publizierte seine Kritik an Rumäniens Praxis, minderwertige Waren in die Sowjetunion im Austausch für Erdöl zu liefern, weil die hochwertigen in den Westen exportiert wurden.

Als Ceaușescu mit seinem riesigen Palast der Republik prahlte, für den 40.000 Bukarester ihre Wohnungen verloren hatten, meinte Gorbatschow, dass den Moskauern der Abriss im Altbauviertel Arbat leid täte. Der 70-jährige Ceaușescu behauptete, dass Rumänien bereits seit 1978 die Selbstverwaltung der Betriebe eingeführt habe und daher keine Reformen benötige. Er betonte vor allem die nationale Souveränität und wollte gleichzeitig von der Sowjetunion mehr Energielieferungen zum günstigen RGW-Preis. Gorbatschow ließ die dreifache Menge Erdöl liefern, verlangte aber von Ceaușescu die Obstruktion gegen die neuen Integrationspläne im RGW aufzugeben. Der wandte sich nichtsdestotrotz gegen einen gemeinsamen Markt und lehnte direkte Beziehungen zwischen den Betrieben im RGW prinzipiell ab. Die Parteizeitung „Scînteia“ warnte am 27. August 1988 vor den anarchischen Marktgesetzen, denen sich einige RGW-Staaten auslieferten.⁵⁰

Durch die Allgegenwart der Securitate bildeten sich in Rumänien keine Oppositionsgruppen wie etwa in Polen, der ČSSR und DDR heraus. Wer in Rumänien öffentlich Kritik äußerte, wurde sofort unter Hausarrest gestellt, dadurch hatten die Dissidenten untereinander keinen Kontakt. Die Presse konstruierte ein Bedrohungsszenarium: Die ungarische Minderheit strebe die Abspaltung Siebenbürgens an. In Brașov (Kronstadt)

⁴⁹ MICHAEL S. GORBATSCHOW, Gipfelgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit, Berlin 1993, S. 192.

⁵⁰ MARIANA HAUSLEITNER, Die sowjetische Osteuropapolitik in den Jahren der Perestrojka, Frankfurt am Main 1994, S. 199.

kam es am 15. November 1987 zu spontanen Protesten während der Kommunalwahlen. In einem Lastkraftwagenwerk mit etwa 4.000 Arbeitern waren die Löhne nicht rechtzeitig ausgezahlt worden. Es herrschte große Unzufriedenheit. Die Arbeiter wurden nach der Nachtschicht zur Stimmabgabe ins Wahllokal getrieben und unterwegs skandierte die Kolonne nicht die vorgeschriebenen Losungen, sondern: „Wir wollen Essen für unsere Kinder“. Nachdem der Bürgermeister sie deswegen beschimpft hatte, überfielen einige die Parteizentrale und verbrannten die Bilder von Ceaușescu auf der Straße. Ein Spezialkommando der Securitate trieb die Menge auseinander. Im Dezember wurden 61 Arbeiter zu längeren Haftstrafen verurteilt.⁵¹ Am 26. November 1987 verfasste ein ehemaliger Chefredakteur der Parteizeitung einen offenen Protestbrief. Silviu Brucan wurde danach in die USA, nach London und Moskau eingeladen. Gorbachev führte mit ihm Ende 1988 ein längeres Gespräch und versprach Schutz.⁵²

Angesichts der schrittweisen Öffnung der Wirtschaftssysteme in Ungarn und Polen verlor Rumänien sein Prestige im Westen. Im Zentrum der ausländischen Kritik stand seit 1988 der Plan, durch den etwa die Hälfte aller 13.000 Dörfer verschwinden sollten. Die Bauern sollten in 558 „Agrostädten“ zusammengefasst werden, damit Bodenfläche gewonnen würde. In den kasernenmäßigen Behausungen konnte die Securitate sie besser bewachen. Durch die sogenannte Systematisierung sollten auch viele ungarische Dörfer zerstört werden, um die Assimilation zu beschleunigen. Die ersten Schritte zur Umsetzung des Plans bewirkten nicht nur im westlichen Ausland eine breite Protestwelle. Am internationalen Aktionstag gegen die Zerstörungsaktion im Juni 1988 organisierten Dissidenten in Budapest eine Kundgebung vor der Botschaft Rumäniens, an der 40.000 Menschen teilnahmen. Die Kirchen in Ungarn gewährten Flüchtlingen aus Rumänien Asyl. Als ihre Anzahl von 13.400 (1988) auf 24.000 (1989) anstieg, wurden viele über das Rote Kreuz in den Westen weitergeleitet.⁵³

Die sowjetische Presse berichtete seit Anfang 1989 häufiger über die Konflikte zwischen Ungarn und Rumänien. So erschienen Berichte über die Dorfzerstörung: Es wurde betont, dass die Parteiführung aus Ungarn

⁵¹ MARIUS OPREA / STEJĂREL OLARU, *The Day We Won't Forget*. 15 November 1987, Brașov / Iași 2003.

⁵² SILVIU BRUCAN, *Generația irosită. Memorii* [Die vergeudete Generation. Erinnerungen], București 1992, S. 186–190.

⁵³ TOM GALLAGHER, *Romania after Ceausescu*, Edinburgh 1995, S. 63.

gegen die „Homogenisierung“ sei und die ungarische Minderheit als Teil der ungarischen Nation schützen wolle. Am 9. März 1989 behandelte die UNO-Kommission für Menschenrechte in Genf die Dorfzerstörung: 21 Delegierte kritisierten die rumänische Führung und nur sieben betonten das Prinzip der Nichteinmischung. In einem Offenen Brief an Ceaușescu kritisierten am 13. März sechs Rumänen, die bereits vor 1944 als kommunistische Amtsträger gewirkt hatten, die Dorfzerstörung, den Druck auf die nationalen Minderheiten und die Verelendung durch den Export von Lebensmitteln. Unter ihnen befand sich außer Silviu Brucan, dem einstigen Botschafter in den USA, auch der ehemalige Außenminister Corneliu Mănescu. Nachdem Radio Free Europe den Brief in rumänischer Sprache gesendet hatte, wurden drei Unterzeichner aus ihren Wohnungen zwangsevakuiert und Opfer der Dauerverhöre durch die Securitate.⁵⁴

Nach dem Wahlsieg der *Solidarność* verlangte Ceaușescu auf einem Treffen der Warschauer Vertragsorganisation im Juli 1989, den polnischen Kommunisten bewaffnete Hilfe zu leisten. Sein Bruder Ilie Ceaușescu, der stellvertretende Verteidigungsminister, kritisierte Gorbachevs Konzept von einem „gemeinsamen Haus Europa“ als Revisionismus zugunsten der Imperialisten. Er schrieb, dass der Klassenfeind die Entideologisierung der internationalen Beziehungen anstrebe. Beim Parteitag der RKP im November 1989 forderte Nicolae Ceaușescu eine Revision des Hitler-Stalin-Paktes und damit indirekt die Rückgabe Bessarabiens an Rumänien. Beim letzten Treffen mit Gorbachev am 4. Dezember griff er dessen Außenpolitik heftig an. Die sowjetische Presse kritisierte selten Ceaușescus Führungsstil direkt. Doch unmittelbar nach seinem Sturz hieß es, der Partei- und Staatsführer habe Rumänien in ein großes Konzentrationslager verwandelt.⁵⁵

Der Anstoß zum Umsturz ging von protestantischen Ungarn in Temeswar aus, deren Pfarrer László Tökés zwangsevakuiert werden sollte. Er hatte in einem Interview am 24. Juli 1989 im Fernsehen in Ungarn die Lage der ungarischen Minderheit als bedroht dargestellt und sollte deportiert werden. Am 15. Dezember 1989 beschützten etwa 5.000 Gemeindeglieder sein Haus, nach einem Polizeieinsatz wuchs die Zahl der Protestierenden schnell an. Militär und Securitate erschossen am 16. Dezem-

⁵⁴ MARIUS OPREA, Banalitatea răului. O istorie a Securității în documente 1949–1989 [Die Banalität des Bösen. Eine Geschichte der Securitate in Dokumenten 1949–1989], Iași 2002, S. 420; Convorbiri, S. 246–254, 343–345.

⁵⁵ HAUSLEITNER, Sowjetische Osteuropapolitik, S. 201–203.

ber 122 Personen, darunter auch Kinder. Ceaușescu versuchte am 21. Dezember bei einer in Bukarest einberufenen Versammlung, die Gefahr einer Intervention aus Ungarn und der Sowjetunion zu beschwören. Als Protestrufe und Schussgeräusche erklangen, lief die Menge davon. In der darauffolgenden Nacht demonstrierten viele Bukarester, das Militär reagierte mit Erschießungen. Insgesamt kamen in jenen Tagen 1.033 Personen in Bukarest und anderen Städten um, von denen die meisten Jugendliche waren.

Am 22. Dezember formierte sich eine riesengroße Demonstration in Bukarest. Als Soldaten überliefen und der zentrale Parteisitz gestürmt wurde, musste Ceaușescu mit dem Hubschrauber fliehen. Er wurde verhaftet, der Unterminierung der Staatsgewalt und nationalen Wirtschaft angeklagt. Der Sonderrichter behauptete, dass das Herrscherpaar für ein „Genozid“ verantwortlich sei, da in den letzten zehn Jahren 64.000 Rumänen durch Hunger, Kälte und fehlende medizinische Versorgung umgekommen seien. Wie er zu dieser Zahl kam, ist ungeklärt. Viele assoziierten dabei vor allem jene Frauen, die bei illegalen Schwangerschaftsabbrüchen gestorben waren. Nach dem vierstündigen Prozess wurde das Präsidentenpaar am 25. Dezember erschossen.⁵⁶

Ein Teil der Nomenklatura und der Securitate hatte am 22. Dezember die Seiten gewechselt und verfügte noch über sehr viel Einfluss. Daher kam die Aufarbeitung der Verbrechen in der kommunistischen Ära nur langsam in Gang.⁵⁷ Die Akten der Securitate waren bis 2000 unter der Kontrolle ihrer Nachfolgeorganisation, dann übernahm sie die neu geschaffene Behörde „Nationaler Rat zum Studium der Archive der Securitate“ (CNSAS). Dort erstellte eine Gruppe von Historikern einen Dokumentenband, durch den die Organisationsstruktur der Securitate transparent wurde.⁵⁸ Der Staatspräsident beauftragte 2006 eine Kommission von rumänischen und ausländischen Historikern, die Forschungsergebnisse zur kommunistischen Diktatur in Rumänien zusammenzufassen.⁵⁹

⁵⁶ ANNELI U. GABANYI, *Die unvollendete Revolution. Rumänien zwischen Diktatur und Demokratie*, München 1990, S. 11–33; KUNZE, Ceaușescu, S. 401, 449.

⁵⁷ MARIANA HAUSLEITNER, *Die verzögerte Aufarbeitung kommunistischer Verbrechen in Rumänien nach 1990*, in: *Schnittstellen. Gesellschaft, Nation, Konflikt und Erinnerung in Südosteuropa*, hg. v. ULF BRUNNBAUER u. a., München 2007, S. 521–538.

⁵⁸ CNSAS Securitatea. Structuri-cadre [Die Securitate. Strukturen-Kader], Bd. 1 (1948–1967), București 2006.

⁵⁹ Comisia prezidențială pentru analiza dictaturii comuniste din România, *Raport final* [Kommission des Präsidenten zur Analyse der kommunistischen Diktatur in Rumänien, Endbericht], București 2007.

4. Fazit

In allen drei Phasen hatten die rumänischen Regierungen trotz anderer Bekundungen ein instrumentelles Verhältnis zum großen Nachbarland. Solange die Führungsriege in Rumänien zur Stabilisierung ihrer Macht dessen wirtschaftliche Unterstützung brauchte, wurde die rumänisch-sowjetische Freundschaft beschworen. Sobald die neue Funktionärschicht sicher im Sattel saß, lastete sie alle Missstände den sowjetischen Beratern an, statt Reformen durchzuführen. Gheorghiu-Dej hielt am Stalinschen Gesellschaftsmodell fest, er sah in einer starken Schwerindustrie den Garanten für die Souveränität. Auch Ceauşescu setzte diesen Kurs fort. Da der RGW seine Großprojekte nicht mehr förderte, ließ er sich von westlichen Institutionen finanziell unterstützen.

Die Vernachlässigung von Investitionen in der Landwirtschaft und der Verarbeitung von Lebensmitteln hatte in den 1980er Jahren schwerwiegende Folgen. Die geförderte Schwerindustrie und Petrochemie erbrachten keine nennenswerten Gewinne. Daher wurden in den 1980er Jahren vor allem Lebensmittel exportiert und die Rumänen waren schlechter versorgt als die Bevölkerung in anderen RGW-Staaten.

Ideologisch versuchte Gheorghiu-Dej bereits seit 1964 an den in Rumänien noch nachwirkenden Nationalismus der Jahre vor 1944 anzuknüpfen. Das Bild der aggressiven Sowjetunion war im kollektiven Gedächtnis seit der Okkupation Bessarabiens und der Nordbukowina im Juni 1940 verbreitet. Zu deren Rückeroberung trat Rumänien im Juni 1941 in den Krieg an der Seite des Deutschen Reiches ein und viele Rumänen starben an der Ostfront. Seit 1968 wurden der Sowjetunion offen alle Verbrechen des Stalinismus angelastet. Die rumänische Nation wurde zum Opfer stilisiert und die nationalen Minderheiten als Gefahrenquelle für sie dargestellt. Bereits alle Regierungen der Zwischenkriegszeit hatten Forderungen der ungarischen Minderheit nach kultureller Autonomie als Bestrebung zum Anschluss Siebenbürgens an Ungarn uminterpretiert. Nun wurde daran erinnert, wie Rumänien 1940 ein Drittel seines Staatsgebietes an die Sowjetunion, Ungarn und Bulgarien verloren hatte. Auch das Feindbild der jüdischen Minderheit konnte neu belebt werden, denn alle rumänischen Regierungen zwischen 1937 und 1944 hatten die Verfolgung der Juden damit begründet, dass durch ihre Masseneinwanderung die Schaffung einer rumänischen Mittelschicht behindert worden wäre. Die Enteignung der deutschen Minderheit war 1945 damit legitimiert worden, dass sie im Krieg Rumänien geschadet habe. Unter diesen Bedingungen sahen viele Rumänen die Massenemigration von Juden und Deutschen

positiv. Unter Ceaușescu wurde das Ziel der ethnischen Homogenisierung weitgehend erreicht: 1966 stellten die Rumänen einen Anteil von 87,7 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Insgesamt war über eine halbe Million Juden und Deutsche emigriert und das Herrscherpaar hatte dafür Millionen Devisen kassiert. Die Ungarn waren 1966 die einzige große Minderheit mit einem Anteil von 8,5 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Durch Auswanderung nach 1989 ist ihr Anteil auf 6,5 Prozent zurückgegangen und 2011 stellten die Rumänen bereits 88,9 Prozent.⁶⁰

Am 22. Dezember 1989 versuchte Ceaușescu vergeblich die Feindschaft gegen die Nachbarstaaten zu reaktivieren. Er sprach wie im August 1968 von der Gefahr einer Invasion der WVO, doch diesmal hielten viele Rumänen seine Herrschaft für das größere Übel. Die Rumänen wussten, dass in der Sowjetunion und in Ungarn der Lebensstandard nicht so weit abgesunken war wie in ihrem Land. In diesen Staaten lebten damals die Bürger ohne Angst vor Repression. Nach einer Übergangsphase von sechs Jahren begann die neue Führungsriege in Rumänien, sich um die Aufnahme in die NATO und die Europäische Union zu bemühen. Seit 2007 ist Rumänien Mitglied in der EU. Viele rumänische Politiker haben zu ihr dasselbe instrumentelle Verhältnis wie zum RGW: Die finanzielle Förderung wird positiv verbucht, aber im Fall von Pflichten wie etwa bei der Übernahme von Flüchtlingen die Souveränität Rumäniens betont. Auch im Fall von Umweltschäden wie beim Abholzen großer Waldbestände wird ausländische Kritik oft mit Floskeln aus der Ceaușescu-Ära wie „Einmischung in innere Angelegenheiten“ und „Gefährdung der Unabhängigkeit“ zurückgewiesen.

Abbildungsnachweis

Abb. 1: Copyright Muzeul Național de Istorie a României, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ana_Pauker1.jpg (Zugriff: 17.05.2022).

Abb. 2: Fototeca online a comunismului românesc, #FA007, 7/1946, <http://fototeca.iicr.ro/picdetails.php?picid=37924X37X46> (Zugriff: 17.05.2022).

Abb. 3: Ebd., #E5880, 1/1974, <http://fototeca.iicr.ro/picdetails.php?picid=33336X10X14> (Zugriff: 17.05.2022).

⁶⁰ LUCIAN BOIA, Cum s-a românizat România [Wie sich Rumänien rumänisiert hat], București 2015, S. 122, 124.